



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 366 / 2014

Kiel, Mittwoch, 10. September 2014

Innen / Antisemitismus

Dr. Ekkehard Klug: Keine Toleranz gegenüber antisemitischen Kundgebungen

In seiner Rede zu TOP 16 (In Schleswig-Holstein ist kein Platz für Antisemitismus) erklärt der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„In diesem Sommer hat es bei Demonstrationen gegen den israelischen Militäreinsatz im Gazastreifen antisemitische Kundgebungen gegeben, wie man sie bis dahin hier in Deutschland seit 1945 nicht erlebt hatte.

In Berlin waren – wie die Presse der Bundeshauptstadt berichtete – zum Beispiel ‚Sieg-Heil‘-Rufe und die Parole ‚Israel vergasen!‘ zu hören. Die Berliner Polizei hat dies glasklar als Volksverhetzung eingestuft.

Gegen diesen aggressiven Antisemitismus wollen wir ein klares Zeichen setzen: Solche Entwicklungen werden wir nicht dulden, sondern wir werden konsequent und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln dagegen vorgehen.

Wir werden es nicht zulassen, dass Angehörige von jüdischen Gemeinden in Deutschland noch ein weiteres Mal in Angst und Schrecken versetzt werden. Das sind die Lehren, die die deutsche Demokratie nach 1945 aus der Zeit des verbrecherischen Nationalsozialismus gezogen hat – und hier darf es kein Zurückweichen geben.

Gelegentlich stößt man auf die Behauptung, wegen der historischen Belastungen aus der Zeit bis 1945 sei in Deutschland Kritik an Israel tabu. Die Berliner TU-Professorin Monika Schwarz-Friesel hat diese These kürzlich als ein politisches Märchen entlarvt. Im Rahmen des Forschungsprojekts ‚Aktueller Antisemitismus in Deutschland: Sprachliche und konzeptuelle Charakteristika‘ wurde die Medienbe-

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

www.fdp-fraktion-sh.de

richterstattung über das Ausland, insbesondere im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen und Konflikte, vergleichend analysiert. Dabei stellte sich heraus: In deutschen Medien wird kaum ein anderes Land für seine Politik so oft kritisiert wie Israel – etwa im Vergleich zu Russland, China, Saudi-Arabien und Nordkorea.

Auch wenn sich fragen mag, warum bestimmte politische Kräfte das russische Vorgehen in der Ostukraine nicht mit gleicher Vehemenz kritisieren wie den Einsatz des israelischen Militärs im Gazastreifen, ist doch diese Kritik – sofern sie frei bleibt von antisemitischen Klischees – selbstverständlich durch das Grundrecht der Meinungsfreiheit gedeckt.

Die Erfahrung der zurückliegenden Sommermonate hat aber gezeigt, dass Kritik an aktuellen Vorgängen in Israel bzw. in den Gebieten der Palästinenser sich immer öfter – auch in Deutschland – mit antisemitischen Äußerungen und Handlungen verbindet.

Dies wollen und dürfen wir nicht tolerieren.“